



Georg Wurth im Nebel

Kiffen für mehr Wachstum

Wie es der oberste deutsche Hanflobbyist schaffen will, Cannabis legalisieren zu lassen VON PHILIPP WURM

Der Prenzlauer Berg beherrscht mindestens ebenso viele Menschen wie Klischees. Je nach persönlicher Vorliebe und Erwartungshaltung entdecken Besucher des bunten Berliner Viertels dort vor allem kreative Gründer und Kleinunternehmer, radikale Gegner der Masernimpfung oder Latte macchiato trinkende Mamis mit teuren Kinderwagen.

Wer aber nur sieht, was er ohnehin sehen will, würde jemanden wie Georg Wurth niemals wahrnehmen. Viel zu unauffällig wirkt der 42-Jährige mit seinem schmalen Gesicht und den raschelkurzen Haaren. Auch sein Büro im Erdgeschoss eines Altbaus in der Rykestraße wirkt wenig glamourös, einziger Schmuck ist eine Yuccapalme in der Ecke. Man hätte dort eher ein paar Cannabis-Stauden erwartet.

Wurth ist Chef des Deutschen Hanfverbands (DHV). Er wirbt also für ein Produkt, das für die allermeisten Bundesbürger gar nicht erhältlich ist – zumindest nicht legal. Das macht ihn zum Revolverhelden in der Berliner Lobbyistenszene, die sonst eher aus Vertretern arrivierter Branchen besteht. Wurths Mission: eine Droge, die unter das Betäubungsmittelgesetz fällt, zum erlaubten Genussmittel zu machen (siehe u.a. ZEIT 10/15). Wie Alkohol. Wie Nikotin. Genauso sehen es die Grünen, die in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf zur Legalisierung von Cannabis ins Parlament eingebracht haben.

Der ehemalige Lokalpolitiker spricht akzentfreies Behördendeutsch

»Es gibt keine vernünftigen Gründe, am Verbot festzuhalten«, erklärt Wurth. Millionen Erwachsene, die zum Feierabend hin und wieder einen Joint rauchen, würden kriminalisiert. Dabei sei Cannabis für sie, in Maßen konsumiert, weitgehend harmlos. Wurth betrachtet die Droge sogar als eine Art Chillout-Zone inmitten der Leistungsgesellschaft: »Cannabis hilft den Menschen, sich zu entspannen. Unsere Volkswirtschaft profitiert von Arbeitnehmern, die in der Lage sind, auch einmal abzuschalten.« Kiffen für mehr Wachstum – eine in der Debatte ungewöhnliche Botschaft.

Im vergangenen Jahr wurde der Hanfverband, der bis dahin allenfalls Drogenexperten ein Begriff war, deutschlandweit bekannt. Wurth ließ Kinowerbung in mehr als 200 Städten zeigen. Scharfe Statements gegen das Cannabisverbot waren das. So wie das »Scarface«-Szenario, das demonstrieren sollte, wie Prohibition gefährlichen Drogenkartellen in die

Hände spielt. In dem Spot fuchtelte ein durchgeknallter Mafioso, der mit Marihuana reich geworden war, wild mit einer Knarre herum.

Das Geld für die Werbekampagne hat Wurth im Fernsehen aufgetrieben. Ein Dreivierteljahr zuvor hatte er die Millionärswahl gewonnen, eine Castingshow von ProSiebenSat.1, in der Underdogs kuriose Projekte vorstellen durften. Die Show war ein Flop, doch das Preisgeld ebnete Wurth und dem Verband den Weg in die Öffentlichkeit. Der hatte bis dahin durch Mitgliedsbeiträge und Spenden nicht mehr Jahreseinnahmen erzielt als ein kleiner Handwerksbetrieb. Nun hatten sie eine Million Euro.

Im Gründungsjahr 2002 sei er noch »Deutschlands einziger hauptberuflicher Hanflobbyist« gewesen, sagt Wurth und inhaliert den Tabakdampf einer E-Zigarette. Heute beschäftigt er vier Angestellte.

In seinen frühen Zwanzigern hat er sich noch mit den Paragrafen der Abgabenordnung befasst. An der Fachhochschule für Finanzen im münsterländischen Nordkirchen studierte er Steuerrecht, strebte eine Laufbahn im gehobenen Dienst beim Fiskus an. Eine Vollkasko-Karriere, die er jedoch nie antrat. »Zu langweilig«, fand er. Denn schon während des Studiums hatte er seine Leidenschaft für Politik entdeckt. In seiner Heimatstadt Remscheid saß er für die Grünen in politischen Gremien. Im Alter von 24 Jahren, kurz nach seinem Diplom, wurde er sogar Vorsitzender der Ratsfraktion. Er stritt um neue Bushaltestellen und Tempo-30-Zonen, diskutierte mit Aufsichtsräten von Stadtwerken und Abfallbetrieben. Die Jahre in der Provinz waren lehrreich: Wurth ist heute erprobt in der Hinterzimmerkommunikation mit Amtsträgern und spricht akzentfreies Behördendeutsch. Eine seltene Kombination in der zur Esoterik neigenden Legalisierungsbewegung.

Das Thema Gras entdeckte er 1996, wagte als Kommunalpolitiker und Gelegenheitskiffer ein öffentliches Experiment: Wurth legte 3,29 Gramm Marihuana in seinen Küchenschrank und zeigte sich selbst wegen Drogenbesitzes an. Ein Gericht verurteilte ihn schließlich zu 600 Mark Geldstrafe auf Bewährung. Wurth, eigentlich ein bedächtiger Typ, regt sich darüber heute noch auf: »Wegen ein paar Gramm Gras soll man ein Straftäter sein?!«

Nach dem Prozess dreht Wurth als grüner Drogenpolitiker auf. In NRW gründet er eine Landesarbeitsgemeinschaft, wenig später wird er Gründungsmitglied des Bundesnetzwerks Drogenpolitik. Er marschiert auf Demos und verteilt Flyer in Fußgängerzonen. Nach einer zehnmonatigen Weltreise gewinnt er die Erkenntnis, dass es noch andere Wege geben muss. Er beendet die Parteiarbeit und gründet mit ein paar Aktivisten den Hanfverband.

Voll berauscht

Rechtslage

Cannabisbesitz und -handel sind strafbar. Das **Betäubungsmittelgesetz** erlaubt Sanktionen zwischen einer Geldstrafe und bis zu fünf Jahren **Freiheitsentzug**. In einigen Fällen, wie bei gewerbsmäßigem Handel, kann die Strafe auch höher ausfallen. Legal ist der Umgang mit Cannabis nur in **Ausnahmefällen**, etwa wenn er medizinisch notwendig ist und eine behördliche Erlaubnis vorliegt. Auch wer bloß eine kleine Menge zum **Eigenverbrauch** besitzt (die je nach Bundesland variiert), handelt juristisch gesehen illegal. Die Tat wird in der Regel jedoch nicht strafrechtlich geahndet.

Schwarzmarkt

Etwa **fünf Prozent** aller Deutschen zwischen 18 und 64 Jahren geben an, in den zurückliegenden zwölf Monaten Cannabis konsumiert zu haben. Das berichtet die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen. Nach Angaben der **Drogenbeauftragten der Bundesregierung** weisen etwa 600 000 Personen hierzulande einen »missbräuchlichen oder abhängigen Cannabiskonsum« auf. Schätzungen zufolge wird mit dem Rauschmittel (Foto unten) ein **Jahresumsatz** von bis zu zwei Milliarden Euro auf dem hiesigen Schwarzmarkt erzielt.



»In den neunziger Jahren war es Avantgarde, wenn man die Legalisierung von Cannabis gefordert hat. Heute finden wir immer mehr Menschen, die unsere Position teilen«, sagt Wurth, der eine Antwort auf die Frage, ob und wie viel Cannabis er selbst heute konsumiere, allerdings verweigert.

Inzwischen gibt es Strafrechtsprofessoren, die eine Reform der Drogengesetzgebung fordern, Bezirkspolitiker in Friedrichshain-Kreuzberg wollen einen Coffeeshop eröffnen. Einige Schwerkranken dürfen in der Apotheke heute Cannabis zu medizinischen Zwecken kaufen, weil ihnen das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte eine Ausnahmegenehmigung erteilt hat. Gleichzeitig brauchen Konsumenten, die mit einer kleinen Ration erwisch werden, keinen Gerichtsprozess mehr fürchten. Die Grenze liegt in den meisten Bundesländern bei sechs Gramm.

Kritiker bezeichnen Wurths Forderung als »im höchsten Maße unsozial«

Auch in den USA ändert sich die Drogenpolitik. Seit vergangenen Jahr können Kiffer in den Bundesstaaten Colorado und Washington ganz legal an der Ladentheke »Green Crack«, »Crystal Chunk« oder »Blue God« kaufen. Das zieht Investoren an. Mehrere Millionen Dollar hat der Finanzjongleur Peter Thiel aus dem Silicon Valley in Marihuana-Start-ups gepumpt. »Eine unglaubliche Aufbruchstimmung«, hat Wurth in den USA erkannt, »das wird sich auch auf die Diskussion in Deutschland auswirken.«

Doch die Mehrheitsmeinung sieht anders aus. Derzeit sprechen sich 68 Prozent der Deutschen gegen eine Freigabe aus. Zahlreiche Psychiater und Mediziner warnen vor den gesundheitlichen Risiken der Substanz. Manch einer hält Wurth für einen Verharmloser und für ähnlich gewissenlos wie einen Tabaklobbyisten.

»Wurths Forderung, Cannabis zu legalisieren, ist in höchstem Maße unsozial«, sagt Rainer Thomasius. Am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf behandelt der Mediziner viele Teenager, die an cannabis-induzierten Psychosen leiden. »Eine Legalisierung würde dazu führen, dass noch mehr junge Menschen als bisher regelmäßig kiffen. Das ist ein Problem, denn ihr Gehirn ist besonders anfällig für psychische Schäden«, sagt er. Auch so schon steige die Zahl der Fälle, in denen Jugendliche wegen Cannabiskonsums in psychiatrischer Behandlung landen. Recherchen des Norddeutschen Rundfunks zufolge waren es 2012 dreimal so viele wie zehn Jahre zuvor.

Wurth, alleinerziehender Vater von drei Kindern, will die Zweifel an der Legalisierung mit allen Mitteln

zerstreuen. Im YouTube-Kanal des DHV berichtet er wöchentlich von Fachtagungen oder der Erforschung von Cannabis als Krebsmedikament. Als Sachverständiger in Parlamenten – von Bezirksordnetenversammlungen bis hin zum Bundestag – verkündet er Zahlen. Ungefähr 100 000 Strafverfahren in Deutschland hätten mit Cannabiskonsum zu tun, sagt er und empfiehlt, das Geld für die kriminalistische Kärnerarbeit an anderer Stelle sinnvoller einzusetzen. Kritikern wie dem Hamburger Mediziner Thomasius entgegen er: »Einige entwickeln tatsächlich einen problematischen Konsum. Bei manchen von ihnen kann Cannabis unter Umständen zur Entstehung einer Psychose beitragen.« Daran würden aber weder Verbot noch Legalisierung etwas ändern. Besser wäre eine Aufklärungskampagne.

Plädoyers trägt Wurth stets vor wie ein Gutachter, nüchtern und distanziert. Das passt zu seiner Strategie als Interessenvertreter, die Seriosität vor Kiffer-Folklore setzt. »Georg Wurth argumentiert faktenbasiert. Ideologische Forderungen nach einem grundsätzlichen Recht auf Rausch wird man von ihm nicht hören«, sagt beispielsweise Frank Tempel, drogenpolitischer Sprecher der Linkspartei und ein Verbündeter in der Debatte um die Legalisierung. Ein alter Bekannter von Wurth erzählt, dass in ihm immer noch etwas von einem Finanzamtsanwärter stecke, der erst einmal eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung vornehme. Und der zur Überzeugung gelangt sei, dass das Verbot von Cannabis wegen der vielen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren zu einer gigantischen Verschwendung von Steuergeld führe.

Selbst wenn sich Wurth seine Wunschkunft ausmalt – in der Cannabis-Shops zu deutschen Stadtvierteln gehören wie heute Eisdielen –, bleibt er stets technokratisch. So war das auch im Februar, als er während einer Anhörung im Düsseldorfer Landtag seine Idee von einem legalisierten Markt präsentieren durfte. Die Piratenfraktion, die eine Entkriminalisierung der Konsumenten befürwortet, hatte ihn eingeladen. Wurth, der Sakko trug, deklamierte sein Programm. Es ging um Lizenzen für Verkäufer, um Angaben zu den Wirkstoffgehalten, um Barcodes und den Jugendschutz.

Sein Referat war so lapidar, dass es genauso gut der grau melierte Vertreter eines durchschnittlichen Brauereiverbands hätte halten können. Die größten Fraktionen im Parlament, die CDU und SPD, dürften Wurth damit nicht von ihrer cannabiskritischen Linie gebracht haben. Allerdings hat er seinen Kritikern gezeigt, dass der Deutsche Hanfverband kein zugedrohter Bob-Marley-Fanclub ist, sondern ein ganz normaler Lobbyverband.